

# Halle-Zeitung



Hallesche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Deutschland

Verlagsges.: Neue Drogenstraße 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Die Zentrale vereinbart mit allen Abteilungen. Geschäftsstelle: Markt 34. Druck- und Verlagsanstalt: „Coöperations Halleische“, Bau-Verwaltung. Bankhaus Heilmann, Große, Halle a. S. Postfach-Nummer: Leipzig III, 22015. Erscheinungsort und -zeitpunkt: Halle a. S. am 28. Juli 1923. Preis: 1000,00 Mark. Die Zeitung erscheint jeden Samstag. Die Zeitung ist ein halbes Jahr lang zu lesen. Die Zeitung ist ein halbes Jahr lang zu lesen.

## Kritische Lage für das Kabinett Cuno.

Das Zentrum gegen die Reichsregierung / Leerer und Krisenstimmung / Mahnung an die Landvolke / Cuno's Verhinderungspolitik.

### Frankreichs Nein.

Fransösische Gegenfragen an England.

Belgien nimmt sich mit seiner Antwort an England Zeit. Wie verlautet, wird die belgische Note nicht vor dem 1. August in London überreicht werden, und die Wälder fügen etwas besofft hinzu, daß es auf ein paar Tage mehr oder weniger ja nicht ankomme, da sie zu der großen Unterhandlung Baldwin noch rechtzeitig genug eintrifft. Der Hauptgrund für die Verzögerung liegt vermutlich darin, daß sich Belgien noch nicht ganz über den Wortlaut der Note geäußert hat und daß es vor allen Dingen den fortgesetzten eifrigen Bemühungen Cuno's erwidern möchte, was die belgische Regierung auch in den sogenannten minder wichtigen Punkten ganz zu dem französischen Standpunkt zu befragen. Es wird zwar nach wie vor offiziell den größten Stillstand über alle diplomatische Arbeit zwischen den beiden Außenbüros und über den Inhalt ihrer Antworten demotriert, aber aus der Presse, die den beiden Regierungen nahesteht, läßt sich doch ungefähr erkennen, wie der Hufe läuft, weil ja das ganze Manöver darauf angelegt ist, die Einheitsfront gegen die Kabinett Baldwin-Cunyo jetzt möglichst offenkundig in Erscheinung treten zu lassen, um den nötigen Druck auf England auszuüben, vielleicht aber auch, um das noch schwebende Italien mehr von seinem Heimegen zum englischen Standpunkt abzubringen.

Für Cuno bleibt bei alledem das Wichtigste, die Lösung der Reparationsfrage möglichst zu verzögern, weil eben über den wichtigsten Punkt in den englisch-belgischen Verhandlungen die dringendste Aufgabe des passiven Widerstandes vor Eintritt in irgendwelche Verhandlungen, eine Einigung mit England nicht möglich zu sein scheint. Besonders nach der letzten Rede Baldwin, in der er durch einen scharfen und treffenden Vergleich den Inhalt der Reparationsfrage, kann sich Cuno's kaum noch der Hoffnung hingeben, die Zustimmung Englands in dieser Frage zu gewinnen. Und da England jetzt die Folgen des Ruhrereignisses verpönt und für die Zukunft seines Außenhandels besonders seine Beziehungen hat, wird man kaum annehmen, daß Baldwin seine Standpunkte, Frankreich zuliebe aufgeben wird. Um so mehr ergibt sich für Deutschland aus dieser Situation die Pflicht, alle Hoffnungen Cuno's auf eine Kapitulation Deutschlands vor seiner Gewaltpolitik zu scharfen zu machen. Es ist keine Frage, die Ruhrbesetzung, die den Ernst der ganzen Lage am besten durchsagt, wird sich ihren passiven Widerstand nicht aus der Hand schlagen lassen, wenn sie auch vom Hinterland tatkräftig unterstützt wird und volles Verständnis für die Schwere ihres Kampfes findet.

Paris, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Temps“ erklärt, das gestern in Paris fertiggestellte Dokument könne natürlich nicht als Entwurf einer Antwort an Deutschland gelten, da Frankreich und Belgien unzufrieden seien, bis zu einer Einleitung des deutschen Widerstandes die belgische Note in die Verhandlungen nicht in Erwägung zu ziehen. Die französische Regierung werde in ihrer Antwort an das englische Kabinett eine Reihe von Fragen richten. Zunächst werde die Pariser Regierung betreffend die internationalisierte Schuldverpflichtungen, die die deutsche Zahlungsfähigkeit zu prüfen habe, um nähere Angaben bitten. Der „Temps“ erklärt ferner, daß die Einleitung eines solchen Verhandlung mit dem Kabinett des Pariser Friedensvertrages in Widerspruch stehe. Ferner werde das Pariser Kabinett die Frage nach den englischen Wünschen bezüglich der internationalisierten Schulden stellen. Am erfolgreichsten auf die deutschen Wünsche zurückzugehen zu können, müsse England seine an Deutschland gerichtete Forderung zur Fortsetzung des passiven Widerstandes einschärfen. Der „Temps“ weist ferner darauf hin, daß gegen die gegenwärtige Reichsregierung und mit Hinblick auf die Gläubiger des Reiches sollten ihre Forderungen vereinigt und mit einer neuen Regierung der gegenwärtigen unabhätigen Lage ein Ende bereiten und Deutschland vor dem Verfall in das Chaos retten. Die Pariser Beobachter veröffentlichen Berichte über Londoner Korrespondenzen, monach man in London davon ausgeht, daß für die Frage der Reparationen vorzukommen der Herbst keine Lösung gefunden werde, es sei denn, die englische Regierung trete dem französisch-belgischen Standpunkte bei und verlange vor Eintritt in die Verhandlungen die bedingungslose Waffenstillsetzung Deutschlands. Es heißt jedoch keine Aussicht darauf, daß die letzten Bemühungen des Londoner Kabinetts erfolge. Der „Evening Standard“ mit dem Besuche des amerikanischen Schatzministers Mellon, der sich morgen abend in Stanten Baldwin begibt, große Bedeutung bei und glaubt daß Fragen von höchster politischer Wichtigkeit im Verlaufe dieses Besuches zur Sprache kommen werden.

### Die Marktfaktrophe im englischen Licht.

Das neue Steuerprogramm der Reichsregierung.

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung beriet auf Grund der Vorarbeiten der Wälder und der Beredsamungen, die in den letzten Wochen beim Reichstages tagung haben unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten über die Maßnahmen, die angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage zu ergreifen sind. Berabsichtigt wurden Entwürfe des Gesetzes über die Erhebung eines Opfers für Rhein und Ruhr, eines Gesetzes über Herabsetzung einzelner Verbrauchssteuern, eines Gesetzes und eines Steuererlasses, die gemeinsam die Inflation zu hemmen helfen werden. Der Reichsfinanzminister legte ferner den Entwurf eines Gesetzes zur Herabsetzung des Vermögenssteuereinkommens, des Erbschaftsteuererlasses und des Umsatzsteuererlasses vor, durch das insbesondere Anweisung an die Geldentwertung erreicht werden soll. In einem Telegramm an

die Ministerpräsidenten der Länder hat der Reichsanstalt darauf hingewiesen, daß die Vertagung dieser Gesetze im Reichstag so beschleunigt werden muß, daß sie dem Reichstag am 8. oder 9. August vorliegen. Weiter wurde über die Ausgabe der wertbefähigten Anleihe beraten. Genauere Festlegungen hierüber werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Ueber weitere Maßnahmen des Reichsanstalt, insbesondere zur Lösung der Goldfrage, werden ebenfalls in den nächsten Tagen Mitteilungen erfolgen.

London, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Marktfaktrophe in Deutschland wird von der Handelsredaktion der Times mit einem düsteren Kommentar versehen. Das einzig Günstige scheint für das Blatt zu sein, daß man in Deutschland zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß nur mit fremder Hilfe und damit durch fremde Ueberwachung eine Wiederherstellung der finanziellen Ordnung möglich sei. Es ist ferner zu sagen, daß nach der Meinung sehr einflussreicher und kenntnisreicher Leute (auch) noch keine Frage sei die der Stabilität und der finanziellen Ueberwachung Deutschlands am günstigsten für Deutschland geregelt werden kann, wenn dies im Rahmen der Institution und der Möglichkeiten des Völkerbundes geschieht, wo alle Mitglieder auf gleicher Stufe stehen, als wenn es zu einer aufzwingenden Regelung zwischen Siegern und Besiegten käme.

### Hochspannung.

Die innerpolitische Lage in Berlin und im Reich.

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die politische Lage in Berlin beginnt allmählich ihren Höhepunkt zu erreichen. Obwohl in den letzten Demonstrationen vorläufige Erfolge erzielt wurden, sind die für den Sonntag in Potsdam angelegten Kundgebungen aufgegeben haben, besteht trotzdem die Pflicht, im Laufe des heutigen Sonnabends und des morgigen Sonntags wilde Demonstrationen zu veranstalten, die, um die Verteilung selbst zu sichern, scheinbar spontan entstehen sollen. In der Berliner Straßensicht man wieder jene frühe Zeiten kritischen Zusammenrottungen, wo Schlagpolizei die Menge für ihre Ziele aufzusuchen versuchen. Aber auch die Demonstrationen sind die Lage ungleich enger an, als es noch gestern und vorgestern geschah. Nach dem autoritatösen scharfen Angriff der „Germania“ auf die Reichsregierung ereignet nun auch die „B. Z. u. M.“ in einem Leitartikel gegen die Regierung Cuno das Wort. Das Blatt weist die Verhängnisvollheit der Regierung als unvollständig ab und gibt ihrem Leitartikel die Überschrift: Die letzte Kritik des Kabinetts Cuno. Wenn nicht alles trügt, steht die politische Katastrophe in Berlin unmittelbar vor der Tür. Die Lebensmittelpreise steigen rasch in die Höhe, und da, wo noch jetzt die Regierung zu haben ist, werden Preise von 140 000 bis 155 000 Mark gefordert.

Die Meinung anderer Zeitgenossen sieht reichlich schwarz. Es ist richtig, daß die Wehrheitssozialdemokratie in ihrer Sorge um das Wohl der Partei im kritischen Augenblick der Reichsregierung ein Sein zu stellen will. Wir haben aber die Hoffnung, daß die Regierung die Treibereien der Genossen und der anderen Exponenten zu parieren wissen wird. Jedenfalls hat sie — leidet wohl gelagt werden — Gelegenheit gefunden, sich als Regierung der Tat das Vertrauen des Volkes zu erringen.

### Die kommunalistische Opposition.

Wann tritt der Reichstag zusammen?

Berlin, 28. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) In den letzten kommunalistischen Volksversammlungen wurde dazu aufgefordert, am Sonntag in Berlin zu demonstrieren. Einer der Redner erklärte u. a.: Wir werden am Sonntag die Berliner Straßen von Potsdam bis zum Süden, vom Westen bis zum Osten mit der Wucht der Reichsmassen füllen. Wir werden das Geschick zu Herzen treiben. Wir werden wie die Feuert in Berlin arbeiten. Das Gewimmel muß so groß werden, daß die Reichswehr und Schupo in den Arbeitermassen erstickt. Sollte es uns nicht gelingen, wird es ein Zeichen sein, daß wir an diesem Ziele weiter arbeiten müssen.

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Vom Polizeipräsidium wird zu dem Kundgebungswort Söwering u. a. erklärt: Der Polizeipräsident wird unter nachdrücklichem Einschalt aller staatlichen Machtmittel für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe Sorge tragen. — Ein bestimmter Termin für den Wiederzusammentritt des Reichstages läßt sich, wie von unabhängiger Stelle mitgeteilt wird, im Augenblick noch nicht voraussehen. Der Zusammentritt wird, soweit sich bisher überlegen läßt, nicht vor dem 8. August, höchstens am 17. August, erfolgen. In diesem Sinne hat der Präsident die Mitglieder des Reichstages durch Rundschreiben verständigt.

### Zehn neue Verhaftungen in Leipzig.

Leipzig, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wegen Verdachtes, die fünf Verhafteten begünstigt zu haben, sind in den letzten Tagen zehn Verhaftungen von der Kriminalpolizei vorgenommen worden. Die Verhafteten leitete Reichsgerichtsrat Neumann als Ankläger. Dr. Richter fungiert als Untersuchungsrichter.

### Besonnenheit.

Die inneren Schwierigkeiten in Deutschland haben sich in den letzten Wochen geradezu katastrophal gesteigert. Es ist nur natürlich, daß in einem parlamentarisch regierten Lande das Volk nach dem Verantwortlichen ruft. In der Tat trägt die Regierung nun einmal die Verantwortung, und wenn sich Notstände wie die jetzigen zeigen, so verlangt man von einer Regierung feste Führung. Selbst wenn sie nicht weiß, wie sie sofort aus unserem Elend herauskommen können, so ist es doch ihre Aufgabe aufstehend und beruhigend zu wirken. Darüber hinaus muß sie aber in jedem Moment, der durch die Finanznotlage der Entente gemacht ihr zwar eng gezogen ist, aber dennoch einen gewissen Spielraum läßt, handeln. Mit den Taten allein ist es freilich nicht getan, es müssen auch die richtigen Worte. Die richtige Finanzpolitik ergab, das gerade das, was getan wurde, falsch war. Lange Zeit hindurch hat das Wirtschaftsministerium unter Herrn Beden-Beser eine unverantwortliche Passivität beobachtet. Es ging zu Handlungen über, als es bereits zu spät war. Und dann verflümmerte seine Taten den bestehenden Zustand. Um diese Verflümmelung kommt man nicht herum.

Wenn allerdings die jetzige Not zu Verzweiflungsakten führt, so kann man den unbilligsten Leuten im Volke gar nicht scharf genug entgegenreden. Wenn heute aus dem Nachmittagsmarkt ein so katastrophaler Mangel besteht, so liegt daran nicht zum letzten die Lebensmittelpreise, die heute so hoch sind. Diese Händler und Kaufleute, die den Mangel verringern sich zusehends. Die Gefahr von Plünderungen legt sich lähmend auf die Tätigkeit des Kaufmanns. Die kommunalistische Hege hat somit den inneren Volkstand weitestgehend verhängt. Es ist allerdings zugeben, daß die Steigerung der jetzigen Not durch ein Zusammenwirken verschiedener Umstände herbeigeführt worden ist. Die Ernährungsnot hätte gar nicht so kritisch werden können, wenn nicht die lange Regenperiode das Reifen von Frühfrüchten und Gemüse empfindlich beeinträchtigt hätte. Weiterhin kann der Großhandel kaum noch seine regulierende Tätigkeit ausüben. Die Beschaffung von Weizen für die Einfuhr von Lebensmitteln hat sich immer schwieriger gestaltet. Die vorangegangene Verhängung des Lebensmittelhandels bedeutet auch noch längere keine volle Verhängung. Auf dem Gesamtmarkt kommt die früher so starke ausländische Zufuhr jetzt so gut wie ganz in Fortfall. Wir haben nun in jedem Jahre in der Kartoffelerzeugung eine kritische Woche gehabt. Das ist die Zeit, in der die alten Kartoffeln aufgebraucht und die neuen noch nicht an den Markt gekommen sind. Diese Notstandsperiode trifft in diesem Jahre unglücklicherweise mit dem katastrophalen Markt zusammen und ist daher sehr empfindbar. Zusammen kann man damit rechnen, daß die nächsten Wochen eine Erleichterung bringen werden. Wir werden die schwierigen Tage am besten noch überleben, wenn die Bevölkerung das nötige Maß von Besonnenheit behält. Es hat gar keinen Zweck, jetzt große Demonstrationen zu veranstalten. Diese nützen nicht das mindeste, vermehren aber die innere Unruhe und Verwirrung.

Einschneidend wird freilich für eine Besserung sein, ob es gelingt, der rasenden Geldentwertung zu steuern. Auch wenn man die Kriegsgeld der ungelassen Inflation noch so hoch einschätzt, wird man doch sagen müssen, daß der gegenwärtige Zustand der Marktwirtschaftlich unberechtigt ist. Hier kann und muß aber die Regierung auch mit ihrem Maßnahmen einsehen. Es ist ein unheilbarer Zustand, wenn in der ersten Julidekade die Reichseinnahmen nur zu 20 Prozent aus Steuererträgen, im übrigen aber mit der Notenpresse gedeckt wurden. Gewiß war dieser Mangel besonders schlimm, weil die sämtlichen Beamtengehälter in ihm für ein Vierteljahr gezahlt werden mußten. Aber auch vorher und nachher veränderten sich die Verhältnisse nur geringfügig. Wenigstens Prozent der Reichseinnahmen gewinnen wir im Durchschnitt durch vermehrte Notendruck. Zu Beginn der Inflation hat man leider unterlassen, dafür zu sorgen, daß die fünfzig Millionen Reichsmark in unbesetzten Gebieten durch gesetzlich Auflagen und Steuern die schon Millionen Menschen im besetzten Gebiet durchhalten. Hier liegt der grundlegende Fehler der Regierung Cuno. Augenblicklich läßt sich dieser Zustand nur mildern, nicht ändern. Wenn der Reichstag in der ersten Augusthälfte zusammentritt, wird es sich empfehlen, weniger allgemeine Reden über die Außenpolitik und über die innerpolitischen Spannungen zu halten. Wichtig ist nur, wie wir auf finanziellen Gebiet uns Erleichterung schaffen können. Die Reichseinnahmen müssen vermehrt werden, der Notendruck muß eine Einschränkung erfahren. Zweifelloserweise tragen eine ganze Anzahl von Steuern eine Aufhebung. Der Begriff der Wertbeständigkeit muß auch in die Steuererhebung übergeführt werden, so daß der Ertrag der Steuern den veränderten Geldverhältnissen entsprechen entspricht.

